

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.
Rahel Amler, Anja Gernand, Sahin Karaaslan,
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolás Lutzmann,
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzell

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 17.06.2020

Sachantrag zu TOP 6 ö des GR am 18.06.2020: Verlagerung des Ankunftszentrums für Flüchtlinge von Patrick-Henry-Village

Wir beantragen ergänzend zur Beschlussvorschlag der Verwaltung folgende Punkte aufzunehmen:

- Zur Sicherstellung des 1:1-Ausgleichs der landwirtschaftlich genutzten Fläche, die bei der Errichtung und dem Betrieb des Ankunftszentrums auf dem Gewann Wolfsgärten wegfällt, benennt die Verwaltung die Grundstücke (inter- oder intrakommunal) mit Flurstücknummern und Größe, die entsiegelt und der dauerhaften landwirtschaftlichen oder hochwertigen ökologischen Nutzung zugeführt werden. Diese Grundstücke werden dem Gemeinderat rechtzeitig vor Zustimmung in einem separaten Vertrag vorgelegt und sind Voraussetzung für eine Zustimmung zum Kaufvertrag.
- Die im Testentwurf Baumassenstudie Wolfsgärten ausgewiesenen Freizeitflächen (0048/2020/BV) bleiben fester Bestandteil der weiteren Planungen für ein Ankunftszentrum Wolfsgärten. Zur Gewinnung von zusätzlichen Freiflächen sollen auch die Dachflächen genutzt werden.
- Ziel ist eine Realisierung des Ankunftszentrums auf den Wolfsgärten bis 2023.
- Die Größe des Ankunftszentrums und die Belegungszahl der Bewohner*innen garantiert die Umsetzung der allgemeinen Infektionsschutzbestimmungen, wie sie das Robert-Koch-Institut (RKI) u.a. für Erstaufnahmeeinrichtungen vorsieht (z.B. Bildung kleiner Wohneinheiten, Möglichkeiten der räumlichen Trennung auch innerhalb von Gebäuden, Schutz von vulnerablen Gruppen im Pandemiefall).
- Der Text der Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt (fett gedruckt): “[...] und beauftragt die Verwaltung mit dem Land Baden-Württemberg unter Berücksichtigung städtischer Belange **und der Bedürfnisse der künftigen Bewohner*innen** über die Realisierung der Verlagerung zu verhandeln und die Planungen zu konkretisieren.”
- Die Stadt Heidelberg setzt sich weiterhin dafür ein trotz “LEA-Privileg” geflüchtete Menschen freiwillig aufzunehmen, die dezentral untergebracht werden und sich in unserer Stadtgesellschaft gut einleben können.

Begründung

Die Wohn- und Lebensbedingungen in einem neuen Ankunftszentrum müssen so gestaltet werden, dass die Bedürfnisse der künftigen Bewohner*innen ausreichend berücksichtigt werden und sich die Menschen dort gut aufgehoben fühlen. Um ein gut funktionierendes Ankunftszentrum in hoher Qualität zu realisieren, ist es unabdingbar, dass Sport- und Freizeitflächen auf dem Gelände realisiert werden. Der 1:1-Ausgleich der landwirtschaftlich genutzten Fläche muss gewährleistet sein. Heidelberg soll sich weiterhin dafür stark machen, geflüchtete Menschen freiwillig aufzunehmen, die dezentral untergebracht werden und sich in unserer Stadtgesellschaft gut einleben können. Es gibt hierfür die Kapazitäten und zahlreiche engagierte Heidelberger*innen, die sich um diese Menschen kümmern wollen.